

„Serviceorientierung“ lautet die Staatsidee der Gegenwart. Aber diese Maxime verführt nicht weniger zur Unverantwortlichkeit der Bürger als der wuchernde Sozialstaat. Wir brauchen einen Staat mit eigenen Zivilisationsbeständen und eine Investitionskultur der öffentlichen Hand, gerade in den Kommunen.

(Doppelessay: Zur Staatsidee des Liberalismus) (Teil I)

## In der Sackgasse des Kundenstaats

Gerd Held

Wir kennen alle den erhabenen Anblick eines alten Rathauses – großzügig angelegt, aus wertvollen Baustoffen und mit strenger Pracht der Fassade. Es ist weder Fürstenpalast noch Gotteshaus, sondern eine Errungenschaft freiheitlicher Zivilisation. Die Rathäuser waren nicht nur Funktionsgebäude sondern auch Repräsentanten gemeinsamer Bestände der Bürgerschaft. Sie bildeten die sichtbare Spitze eines ganzen Ensembles von Markthallen, Speichern, Kränen, Hospitälern, Schulen, Plätzen, Wallanlagen, später auch von Wasserwerken, Energiebetrieben, Verkehrslinien, Theaterhäusern, Boulevards oder Parks. Diese Spitze war so substantiell wie das ganze System. Es wurde getragen von bürgerlicher Leistungsfähigkeit - von der Materialbeherrschung durch Handwerk oder Industrie und von der Investitionskraft durch weite Handelsverbindungen. Damit gewann die bürgerliche Freiheitsidee erst ihre säkulare Geltungskraft. Vorher hatten ja Kirche und Krone im Namen von Treu und Glauben die Welt besetzt. Nun gelang es den Bürgern, an die Stelle von Gefolgschaft meßbare Leistungen zu setzen – und zwar nicht nur im engen privaten Rahmen, sondern als „Bürgerwelt“.

Die Kultur, deren Spitze die Rathäuser bilden, war also für die Reichweite des Freiheitsgedankens ganz unverzichtbar und ausschlaggebend. Der Staat wurde hier nicht nur als der Gegenspieler des Bürgertums verstanden, sondern als eine Plattform, um in großem Stil und auf Dauer Freiheit von Gefolgschaft abzuheben. Dabei kam es gerade auf die substantiellen Charakterzüge des neuen Staates an, auf seine sachlichen Bestände und auf seine Räumlichkeit. Mit einem nur defensiven Nachtwächterstaat konnte die bürgerliche Freiheit gar nicht die Realitätsmacht gewinnen, die sie braucht. Der Liberalismus mußte also eine eigene Staatsidee entwickeln.

Dies Bewusstsein war auch in unserem Land durchaus vorhanden. Max Webers Vision einer modernen Versachlichung von Herrschaft stand unter dem Eindruck eines Zivilisations- und Investitionsstaates, der sich gerade auch auf kommunaler Ebene entfaltete. Er kam in den neuen technischen Infrastrukturen, in den Bildungs- und Kultureinrichtungen und in einer neuen Generation von Großstadt-Rathäusern zum Ausdruck. Seine Akteure – vor allem die Akteure der damaligen öffentlichen Baukultur - waren ganz wesentlich Liberale. Die Sozialdemokratie trat erst später an ihre Stelle. Auch die „Bürokratie“ – man mag es heute kaum glauben – war einmal ein liberaler Gedanke im Sinne der Rationalisierung von politischer Macht. Ist hier ein entscheidender Kampfplatz der Freiheit vielleicht vorschnell geräumt worden?

Die politische Situation unserer Gegenwart ist durch einen merkwürdigen Substanzverlust des Staates gekennzeichnet: Er wendet immer mehr Geld und Personal auf, aber er weist immer weniger feste Bestände auf. Das gilt für die materiellen Bestände und für die ideellen Bestände. Im kommunalen Rahmen waren neben den technischen Anlagen auch das Schulwesen oder das Theater Garanten für die Reichweite der bürgerlichen Freiheit. Sie motivierten die säkulare Orientierung gegenüber anderen Mächten immer wieder neu, indem sie das Anliegen des Bürgertums als etwas Eigenständiges und Ganzes sichtbar machten. Wenn aber hier ein Substanzverlust eintritt und sich ein Von-der-Hand-in-den-Mund-Staat bildet, dann wird es für die bürgerliche Freiheit bedrohlich. Wo der Staat sinkt, gewinnt der Bürger nicht, sondern er sinkt ebenfalls. In einer Kommune, in der auf allen Infrastrukturen der Kuckuck klebt, möchte niemand investieren. Niemand mag sich überhaupt auf eine längere Zukunft festzulegen. In einem Schulwesen, in dem es keine festen Bildungsbestände gibt und keine Kriterien für das kulturell Wertvolle vertreten werden, wird gerade das bürgerliche Ideal von Leistung und Verantwortung beschädigt. Ohne intakte Rechtschreibung und ohne richtiges Rechnen gibt es keine Freiheit. Ohne ein Bildungswesen, in dem ein Kanon säkularer Wissensbestände beständig gepflegt wird, wird sie zum billigen Wischi-Waschi.

Das aber ist heute leider eine Realität. Wer sich die täglichen Krisenmeldungen und die hartnäckigen Strukturprobleme in unserem Land genau ansieht, findet nicht einfach fehlende individuelle Flexibilität, sondern fehlende Substanz. Die Freiheit ist ohne Kriterium. Sie hat ihre Herausforderungen verloren und damit auch ihre Würde. Mit anderen Worten: Wo die materiellen und ideellen Bestände eines säkularen Staatswesens verloren gehen, verliert die Freiheit ihren bürgerlichen Charakter. Sie wird zur leeren Willkür von jedermann. Und sie macht aus jedermann einen bedürftigen Zwerg, der immer nur auf seine nächstliegenden Interessen festgelegt wird.

Dies wird in der Kritik am ausufernden Sozialstaat durchaus schon gesehen. Viele Menschen sind inzwischen zu Recht skeptisch, wenn jeder Wechselfall des Lebens sogleich zum Anlaß für Förderung und Umverteilung genommen wird. Sie wissen, daß dann die Motivation zur eigenen Leistung leicht Schaden nimmt. Aber sie ziehen daraus vorschnell den Schluß, der Fehler müsse darin bestehen, daß der Staat die Menschen zu sehr als Kollektiv behandle. Diese Kritik am Sozialstaat übersieht, daß eine Individualisierung den Staat ebenso aufblähen kann. Dies ist das Merkmal des Servicestaates, der wie ein Kammerdiener überall den einzelnen Bedürfnissen entgegenzukommen versucht. Ein solcher Staat ist keineswegs kleiner und sparsamer, und er lebt ebenso wie der Sozialstaat von der Hand in den Mund. Legt man den Maßstab eines bürgerlichen Investitions- und Kulturstaats an, ist der Servicestaat davon ebenso weit entfernt wie der Sozialstaat. Der Servicestaat erscheint dann nur als die individualisierte Variante des Sozialstaats. Oder besser noch umgekehrt: Der Sozialstaat ist nur ein Sonderfall in einem generellen Trend, der das Staatswesen von festen Beständen auf die laufende Zuwendung von Diensten umorientiert.

Dieser Kammerdienerstaat – egal ob sozial oder individuell – ist unser epochales Problem. Wo der Staat nur als Dienstleister verstanden wird, wird der Bürger in die Enge seiner Privatangelegenheiten verwiesen. Der Kunde ist König, heißt es verlockend, aber für ihn heißt es dann auch am Staatstor: „Bitte einzeln und nacheinander eintreten!“ Es ist kein Zufall, daß die neuere Baukultur der Rathäuser vor allem Affinitäten zum Versicherungsbau aufweist: Man findet lange Raumserien für die Bearbeitung unzähliger Einzelfälle. Für die Bürger gibt es nur den Einzelstuhl vor dem Schreibtisch – vielleicht noch die legendäre Sitzgruppe. In

dieser „Schaltersituation“, die in den verschiedensten Facetten auftritt, drückt sich der fundamentale Wandel in der Staatsidee der Gegenwart aus. Der Staat bildet nicht mehr eine eigenständige Spitze bürgerlicher Leistungsfähigkeit, sondern nur noch einen subalternen Zulieferer. Er hat keine eigenen Bestände mehr - keine „Commons“ im englischen Sinn, an denen sich der Bürgerwille kristallisieren und fortbilden kann. Deshalb läßt der Kundenstaat den Bürger gerade dort mit sich selbst allein, wo er ihm immer mehr „Servicequalität“ andient. Mit diesem Kammerdiener kommt der Bürger nicht aus seinen eigenen vier Wänden heraus. Wo das Rathaus zum allgemeinen Schalterhäuschen degradiert ist, nimmt auch die Würde der Bürgerrolle Schaden.

Zuviel Dienst am Bürger ist ein schlechter Dienst am Bürger, denn er wird nur in seinem privaten Interesse und im engen Umkreis seiner persönlichen Wohlfahrt wahrgenommen. Die „soziale Gerechtigkeit“ des Sozialstaats kennt ja nicht wirklich eine gemeinsame Sache der Bürger, sondern nur die Gleichheit ihrer Einzelinteressen. Deshalb führt er dort, wo er über die Hilfe bei bestimmten Notlagen hinausgeht, zu Neid und kleinlicher gegenseitiger Beobachtung. Auch die „Kundengerechtigkeit“ kennt ein solches höheres Anliegen nicht. Es fehlt, wo der Bürger sogleich als Kunde diensteifrig an der Hand genommen wird. Nichts symbolisiert diese fürsorgliche Einhegung des Bürgers peinlicher als jene Ansagenflut, die – inszeniert mit Gong und Engelszungen – im öffentlichen Nahverkehr unaufhörlich auf uns herniederrieselt. Der Bürger soll immer irgendwo „abgeholt“ werden, und das gilt nicht nur im Detail, sondern ist die Grundlage einer grundlegenden Aufgabenverschiebung des Staates: Während der Unterhalt der Infrastruktur oder die Sicherung von Bildungsstandards in eine bedrohliche Schieflage geraten ist, wuchern die sogenannten „weichen“ Aufgaben. Der Staat wird zum Dekorateur und Animateur. Er versucht, die öffentlichen Räume zu „möblieren“, oder er will mit „Events“ als Geschichtenerzähler auftreten. Das könnte man bei einer Agentur für Stadttourismus noch durchgehen lassen, aber auf den Kernfeldern der Staatstätigkeit ist es ein verschwenderisches Deppenspiel. Nur allzu oft verwechselt die kommunale Flächenpolitik heute eine maßvolle Angebotspolitik mit Wirtschafts-Animation. Ganz normale Mittelstädte tun so, als würden sie in der europäischen Liga für Zukunftstechnologien mitspielen. Auch bei Problemen im Einzelhandel oder am Wohnungsmarkt versucht manche Stadt, sich gleich ganz „neu zu erfinden“. Zugleich wird die Verallgemeinerbarkeit des Staatshandelns zu Gunsten des Einzelprojekts unterhöhlt. Der zum Kundendienst mutierte Staat sucht das „Anschauliche“ und zieht sich aufs nur Beispielhafte („best practise“) zurück.

**D**ie Kritik, die in diesem Beitrag an der Entwicklung staatlichen Handelns geführt wird, ist also nicht die geläufige Kritik an „zuviel“ Staat, sondern an einer falschen Grundorientierung des Staates. Wo die Bindungen und Motivationen des Investitions- und Kulturstaats geschwächt wurden, wird die hoheitliche Wahrnehmung öffentlicher Eigentumsrechte durch bloßes Management ersetzt. Es ist ja nicht die durch Sachverwaltung disziplinierte Bürokratie, die uns zu schaffen macht, sondern ein neuer Typus von „kommunikativer Bürokratie“ mit ihren ausufernden Beteiligungszirkeln und endlosen Aushandlungen – bis dann plötzlich irgendein „Macher“ einen „Coup“ landet. Dies Hin und Her frei flottierender Macht ergibt sich nicht aus dem Wesen des Staates, sondern ist Folge eines Staatsverlusts. Erst dort, wo der Kammerdiener die Oberhand gewinnt, beginnt sein scheinbar unaufhaltsames Wachstum. Es ist das Wachstum einer Ersatzfunktion, eines Surrogats der liberalen Staatsidee.

Wir haben diese Staatsidee bisher mit „Investitions- und Kulturstaat“ umschrieben. Das ist noch etwas unscharf. Man wird mit Recht einwenden, daß Investitionen und Kulturleistungen zu einem erheblichen Teil ohne den Staat zustande kommen: durch die Marktwirtschaft mit

ihren unabhängigen Akteuren. Manche würden sogar sagen, daß der Markt angesichts der Vielfalt von Gütern und Kulturleistungen dafür viel besser geeignet ist als ein Staat, dessen besonderes Merkmal ja sein einheitliches, zentralisiertes Wesen ist.

Die Legitimität eines Investitions- und Kulturstaates kann also nur begründet werden, wenn es so etwas wie „das Ganze“ gibt, das ein Staat mit seinen substanziellen Beständen repräsentieren kann. Natürlich schrillen an diesem Punkt alle Alarmglocken: Ist „das Ganze“ nicht ein totalitärer Gedanke? Soll hier nicht im Namen des Ganzen der Staat dem Bürger vorschreiben, wie er seine Wohnung tapezieren soll? Wer wollte schon, daß der Staat die Spielpläne unserer Theater bestimmt? Oder die Anbieter in der Telekommunikation vorschreibt? Das sind in der Tat gewichtige Einwände, und angesichts der deutschen Geschichte haben sie sicher noch zusätzliches Gewicht. Und doch ist es auch ein ganz falsches und verheerendes Argument, weil es sich das Ganze nur so vorstellen kann, daß es „alles umfaßt“. Das ist eine ganz und gar unmoderne Auffassung des Ganzen, und dies führt uns zurück zum klassischen Rathaus und zur räumlichen Gestaltung unserer Institutionen. Darum wird es im zweiten Teil dieses Beitrags gehen.

Auf kommunaler Ebene war es schon immer das Anliegen der Liberalen, die Investitionskraft der öffentlichen Hand gegen rein konsumtive Ansprüche zu verteidigen. Insgesamt geht es um einen Staat mit substanziellen Beständen, der so den Horizont der Freiheit erweitern kann.  
(Doppelessay Zur Staatsidee des Liberalismus) (Teil II)

## Die Republik als Bauwerk

Gerd Held

Vor ein paar Jahren schrieb der Architekt Meinhard von Gerkan aus Anlass der Ausstellung „Renaissance der Bahnhöfe – Die Stadt im 21. Jahrhundert“: *„Während die ‘Standards’ ständig steigen, wird die Gestaltqualität der Bauwerke keineswegs besser...Die Einheitsfront der Sicherheitsfanatiker, Paragraphenreiter, Absicherungskünstler und Industrie-lobbyisten macht sich die Tatsache zunutze, dass man über Sicherheit nicht diskutieren darf, sondern dass sie einfach eine Grundvoraussetzung ist, deren Niveau permanent höher geschraubt wird.* Die Entwicklung unserer Bahnhofsbauwerke ist in der Tat ein Seismograph für den bürgerlichen Kultursinn und Ehrgeiz. Die Hauptbahnhöfe waren einmal „Kathedralen der Mobilität“, die Auskunft über den Rang einer Stadt gaben, und für die „kein Werkstoff zu edel, kein Luftraum zu groß, keine Konstruktion zu gewagt und keine Fläche zu großzügig“ sein konnte (Gerkan). Vergleicht man die getätigten Investitionen mit dem allgemeinen Wohlstand der Gesellschaft, wurden hier ungeheure Mittel für ein großes, zentrales Objekt aufgewandt. Mit ihm gaben die Bürger ihrer Freiheit einen faßbaren Gegenstand - und einen Horizont, der über die Alltagsroutine hinauswies. Dieser Sinn für das Objektive und seine Herausforderungen verlieh auch dem Staatswesen eine viel ehrgeizigere Orientierung als wir sie heu-

te als Normalzustand ansehen. Es ist frappierend: Während heute das Bruttosozialprodukt gewaltig gestiegen ist, ist die Gesellschaft immer weniger fähig, in großen Objekten die eigene Freiheit zu erkennen und zu motivieren. Daß Anreiz zum Handeln nur in „Gütern“ zu finden ist, hat sich als festes Vorurteil bei uns eingebürgert. Diese Alleinherrschaft des kleinen Interesses – entweder „sozial“ oder „individuell“ formuliert – macht die Räume für Wirtschaft und Staat eng. Die Legitimität großer und vorsorgender Investitionen wird zunehmend in Frage gestellt. Die Anstrengungen am Kapitalmarkt und im Staatshaushalt, die sich aus solchen Investitionen ergeben, werden als feindliche Zwänge empfunden. So ist der Niedergang der Baukultur der Bahnhöfe ein sichtbarer Ausdruck jener Umorientierung auf den „Zwergenkönig Kunde“, die bereits im ersten Teil dieses Beitrags beschrieben wurde.

**A** llerdings ist das schon nicht mehr der neueste Stand der Dinge. Die neue Aufmerksamkeit für das Bahnhofsthema kann auch als Indiz genommen werden, daß eine Wohlstandsorientierung, die das Große und Ganze nur als „Rahmenbedingung“ zu verstehen weiß, an ihre Grenzen stößt. Die Fälle häufen sich, wo der Anreiz der Güter und Dienste – auch der sozialen Güterumverteilung oder der individuellen Karriere – nicht mehr ausreicht. Eher unbewußt als bewußt wird schon nach größeren Motiven gesucht. Einige Phänomene seien hier kurz erörtert:

- Wer aufmerksam die Krise des Einzelhandels und die Versuche der Krisenbewältigung betrachtet, kann eine gewisse Umkehrung zwischen Einzelgut und Ambiente feststellen. Man versucht zunehmend, Güter und Dienste in eine Atmosphäre, einen Stil, eine Geschichte einzubauen. Denn der Kunde sucht nicht nur eine bestimmte, einzelne Eigenschaft des jeweiligen Gutes, sondern auch die Möglichkeit, über das Gut an einer ganzen „Welt“ – ob nah oder fern – teilzunehmen. Darin deutet sich vielleicht ein Epochenwandel an: Die Bürger definieren „Wohlstand“ weniger über die Qualität einzelner Güter und (wieder) mehr über die Würde oder Schönheit einer allgemeinen Ordnung. Sie suchen einen Stil. Sie suchen „Commons“, die sie mit anderen Menschen teilen können. Sie wollen ihre Straße, ihre Stadt oder ihr Land lieben können. Eine öffentliche Hand, die investitionschwach und ohne Kultursinn ist, wird dann zum Hindernis.
- Ein anderes Feld ist die öffentliche Sicherheit in der ganzen Bandbreite von der kleinen Sachbeschädigung bis zum Terrorismus. Hier hat gerade in Ländern wie Großbritannien oder den Niederlanden, die bisher Sicherheit als eine Art Balance zwischen Bürgern und Kulturen verstanden, ein Umdenken stattgefunden. Nicht nur die Polizeipräsenz wird erhöht: Öffentliche Einrichtungen werden nicht mehr als neutrale Marktplätze unterschiedlicher Kulturen betrachtet, sondern sie werden im Sinne einer Leitkultur mit einem Verhaltenskodex definiert. Das gilt insbesondere für das Bildungswesen – das Verbot des islamistischen Schleiers an den Schulen markiert ein neues Bewusstsein für eigene, unteilbare und nicht verhandelbare Bildungs- und Kulturbestände auch in unserem Land.
- Ein drittes Feld ist der Umgang mit der natürlichen Umwelt. Der „grüne“ Umweltschutz hatte in der Devise „in jedem Einzelfall möglichst wenig Eingriff“ sein Heil gesucht. Nun zeigt sich, daß auf diesem Weg eine Gesamtkonzeption, die einer wachsenden natürlichen und humanen Vielfalt Platz bietet, nicht zustande kommt. Gerade beim Thema Energieversorgung und Klimawandel wird immer deutlicher, daß eine solche Konzeption vor allem immense Investitionen in allen Energieträgerbereichen und zugleich im Katastrophenschutz erfordert. Eine Umwelt mit wirklich großem Fassungsvermögen ist immer auch eine Bauaufgabe. Umweltschutz wird heute stärker zu Umweltstrukturierung.

Weitere Fälle lassen sich anfügen. Ihr gemeinsamer Nenner ist die Bezugnahme auf eine – kleine oder große, nahe oder ferne – „Welt“. Eine solche Welt läßt sich nicht gebrauchen wie ein Gut oder Dienst. Man ist in ihr zu Hause und baut an diesem Haus weiter. Beim Wohlstand, bei der Sicherheit oder bei der Umwelt tritt in unserer Gegenwart immer stärker die Notwendigkeit und die Möglichkeit hervor, aus einer Vision des Ganzen Genuß zu ziehen und Kraft zu schöpfen. Natürlich ist das Ganze nicht einfach gottgegeben oder naturgegeben, sondern eine Konstruktion. Eine Welt ist daher nie endgültig und nie Monopol. Eine Straße, eine Stadt, eine Landschaft oder ein ganzes Land ist immer nur eine von mehreren Auslegungen des unendlich großen Ganzen. Aber – und das gilt schon für das Bahnhofsbeispiel des Architekten Gerkan – jede Auslegung ist etwas Ganzheitliches. Es umschließt die unzähligen Einzelgegenstände, Personen, Ereignisse, wie es eben eine Welt tut. Es ist nicht nur Mobiliar sondern Bauwerk. Als solches ist es auf deduktivem Wege gewonnen und nicht auf induktivem Weg. Das richtige Maß einer Bahnhofshalle kann nie aus den Bedürfnissen der Bahnkunden gewonnen werden, sondern muß sich an den Dimensionen eines Landes oder Kontinents orientieren und so die Bedürfnisse des Bahnkunden erst bilden. Die normativen Erwartungen an eine solche gebaute Welt sind daher andere als an ein Gut, und sei es noch so kompliziert. Bei Gütern sprechen wir von den feinen Unterschieden, bei einer Kultur von ihrer Spannweite oder ihrer Intensität. Wir erwarten von einem Stil, daß er die Unterschiede des Lebens zusammenfaßt und orientiert. Ein Gut dient dem Leben, das Leben aber muß immer für eine Welt gelebt werden.

**H**ier zeigt sich, wie steril die Rede von den „Rahmenbedingungen“ ist. Wer den Staat nur zu einem äußeren Behälter macht, unterschätzt die Konsequenzen der modernen Freiheit. Freiheit ist nicht nur Freiheit zum einzelnen Nutzen sondern auch Freiheit zur Bildung von Welten. Ein Liberalismus, der nicht auf dieses Feld, auf dem deduktive Modelle des Ganzen im Wettstreit stehen, vorstößt, ist nur ein halber Liberalismus. Eine größere Freiheitsidee aber führt zu einer substanziellen Staatsidee. Eine moderne Republik muß ein Bauwerk sein, das eine Welt darstellt. Von daher wird gerade ein wohlverstandener Liberalismus hohe Ansprüche an ein Staatswesen formulieren, die weit über einen individuellen oder kollektiven Kammerdienerstaat hinausgehen.

Allerdings muss ein Missverständnis vermieden werden: Würde der Staat seine Bauherrenrolle so verstehen, daß er das Leben in allen seinen Details schlüsselfertig liefern wollte, würde „das Ganze“ entweder zu einem totalitären Gebilde werden oder zu vordergründigem Pomp und Pathos führen. Diese schlechte Ganzheitlichkeit steht in Deutschland vor allem seit der wilhelminischen Epoche und der Katastrophe des ersten Weltkriegs im Raum. Sie bildet bis heute eine schwere Hypothek. Dabei finden sich gerade in dieser Epoche auch schon viele Ansätze für eine liberale Fassung der substanziellen Staatsidee. So hat der Kultur- und Sozialphilosoph Georg Simmel in immer neuen Facetten Ausformungen eines Ganzen zu zeigen versucht, das nicht „alles“ war. Bei ihm waren das Eisenbahnsystem, das Geldsystem, die Stile der Mode, die Begriffsbildungen der Sprache, die Körperschaften der Verwaltung Beispiele für solche strukturell vereinfachten und zivilisierten Ganzheiten. Die hier gebildete Einheit war nie flächendeckend total, sondern nur ein Teil der modernen Vielfalt. Damit aber gewann auch die räumliche Versachlichung der Staatsidee an Bedeutung – die territoriale Selbstbegrenzung und die Auswahl von großstädtischen Konzentrationspunkten. Wer aufmerksam hinsieht, wird in den hoffnungsvollen Zeiten der deutschen Geschichte eine solche gelungene Verräumlichung finden.

Insgesamt aber liegt hier eine für den deutschen Liberalismus schmerzliche Geschichte. Mit Eintritt ins 20. Jahrhundert wurden seine Ansätze zu einer eigenen Staatsidee von den Überhitzungen der sozialen und nationalen Frage beiseitegedrängt. Sowohl in der territorialstaatlichen als auch in der großstädtischen Frage verlor er seine Bastionen. Auch in der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik ist die räumlich-liberale Versachlichung der Staatsidee nicht wirklich vertreten worden. Als 1961 der Artikel „Die Republik als Bauherr“ von A. Arndt erschien, ging es nicht um die eigene Substanz der Republik, sondern um deren Durchlässigkeit für eine „Öffentlichkeit“, die nun immer mehr zum Allheilmittel wurde.

**H**eute aber stehen wir an einem Neuanfang, der sich von der sozialliberalen Staatsferne grundsätzlich unterscheidet. Die Herausforderungen passen nicht mehr in eine Gegenüberstellung von Bürger und Staat. Sie sind so groß, daß der Appell an „sozialen Ausgleich“ ebenso wie der Appell an „freie Bürger“ hohl klingt. Viele spüren, daß wir andere Motive für härtere Zeiten brauchen. Wenn mit J. Buchanan ein bekannter Vordenker des individual-liberaler Lösungen vor kurzem einen Artikel unter der Überschrift „Die Angst, frei zu sein“ veröffentlichte (Public Choice Sonderheft 2004), zeigt das die neue Problemlage. Man mag zur Patriotismus-Debatte stehen wie man will – auch im kommunalen Rahmen macht sich das Fehlen des Motivs eines Ganzen, für das man die Freiheit lebt, bemerkbar.

Allerdings wird dies Motiv noch zu sehr im „Event“ oder im Charisma einer Person gesucht. Daß der Staat als ein unpersönliches und statisches Gebäude, das gerade dadurch allgemein gültig und zugänglich ist, ein viel weiterführendes Motiv sein könnte, wird noch kaum in Erwägung gezogen. Dazu trägt sicher die Tatsache bei, daß dies Gebäude heute durch kurzfristige Dienstbarkeiten bis zur Unkenntlichkeit überwuchert ist.

Umso wichtiger ist eine an materiellen und ideellen Beständen orientierte Staats-reform, und hier gewinnt auch die räumliche Dimension eine neue Bedeutung. Viele der großen politischen Fragen der Zeit laufen auf Raumfragen zu: Eine wirksame und bezahlbare Wirtschafts-, Gesundheits-, Bildungs- oder Sozialpolitik ist nicht mehr ohne eine klare Aufgabenteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zu machen. Auch nicht ohne eine Festlegung zentralörtlicher Rangfolgen oder ohne eine kalkulierbare Außengrenze für das europäische Projekt. Und auch nicht ohne eine Baukultur, die die Commons der Gesellschaft hervorhebt. Gerade die Kommunen wären ein Ort, wo diese Bauwerk-Republik fassbare und sichtbare Gestalt annimmt. Während sie im Kundenstaat nur das letzte Glied in der Kette der Dienstbarkeiten sind, würden sie hier eine neue Eigenständigkeit und Würde gewinnen.

*(Erschienen in der Zeitschrift „Das Rathaus“ 11/2005 und 12/2005 als Doppelartikel zum Thema „Gibt es eine Staatsidee des Liberalismus?“)*